„Bahnübergänge in Nackenheim möglichst rasch schließen"

sb. Bodenheim. In der Sitzung des Verbandsgemeinderates sagte Bürgermeister Krämer, daß der tragische Tod eines Gastarbeiters in Nackenheim erneut mit aller Deutlichkeit gezeigt habe, wie wichtig es sei, daß in dieser Ortsgemeinde möglichst rasch das Problem der schienengleichen Bahnübergänge gelöst werde.

Bereits seit Jahren werde über dieses Thema zwischen Bundesbahn, Land und Gemeinde verhandelt. Im September 1972 erging nach Abschluß eines entsprechenden Verfahrens ein Planfeststellungsbeschluß, in dem festgelegt wurde, daß die Übergänge Nr. 75 bis 78, das heißt von der Fischergasse bis zum Wiesendeichweg beseitigt und durch Unterführungen ersetzt werden sollen.

Zwei dieser Unterführungen, am Mahlweg und in der Gartenfeldstraße, ien lediglich für den Fußgängerverkehr orgesehen, die Unterführung in der Fischergasse zusätzlich für Personenkraftwagen. Am Wiesendeichweg solle die Hauptunterführung für Fahrzeuge aller Art entstehen. Die Gesamtkosten wurden damals auf rund 2,9 Millionen Mark geschätzt. Davon hätte die Gemeinde Nakkenheim nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz rund eine Million Mark aufzubringen gehabt.

Zwar habe es auch damals schon Bemühungen gegeben, den Gemeindeanteil dadurch drastisch zu reduzieren, daß er in gewissem Umfang vom Land Rheinland-Pfalz übernommen werde. Es sei allerdings zu keinem Zeitpunkt so gewesen, daß am Ende nur noch 8000 Mark von der Gemeinde hätten aufgebracht werden müssen. Es sei vielmehr von vornherein klar gewesen, daß die Gemeinde bei aller Hilfe des Landes immerhin noch etwa 200 000 Mark aufzubringen habe. Dies sei im Hinblick auf die schwierige finanzielle Lage der Gemeinde der wichtigste Grund dafür gewesen, daß die Verhandlungen ins Stocken gerieten.

Nachdem in jüngster Zeit wiederholt von Beinaheunfällen berichtet wurde, weil bei der Durchfahrt von Zügen die Schrankenschließung unterblieb, habe Bürgermeister Krämer Anfang Oktober an die Bundesbahndirektion Frankfurt geschrieben und um ein Gespräch gebeten. Unter dem Eindruck des Unfalls fand dieses Gespräch in der Zwischenzeit statt, woran Vertreter der Bundesbahn, des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr, der Kreisverwaltung, der Gemeinde Nakkenheim und der Verbandsgemeinde teilnahmen. Über die hierbei erörterten Komplexe einer baldigen Beseitigung der schienengleichen Bahnübergänge sowie einer Verbesserung der Sicherheit an den Bahnübergängen bis zum Bau der Unterführungen wurde bereits berichtet.

Bürgermeister Krämer wies darauf hin, daß die Bundesbahn durch den Einbau entsprechender Zusatzgeräte die Signalabhängigkeit der Schranken herstelle, wodurch ein Zug bei offener Schranke nicht mehr durchfahren könne. Im Durchschnitt koste eine derartige Anlage je Übergang etwa 80 000 Mark, für vier Übergänge würden somit Kosten zwischen 300 000 bis 350 000 Mark entstehen, wovon die Gemeinde etwa 100 000 Mark zu übernehmen hätte. Dafür wurde vom Vertreter des Landes ein Zuschuß von 50 Prozent zugesagt. Auf den verbleibenden Rest würde die Bahn unter Umständen verzichten, wenn die Gemeinde zur Schließung eines Übergangs bis zum Bau der Unterführung bereit sei.

Begrüßt wurde von Ratsmitglied Ollig (SPD), daß dieses Thema von Bürgermeister Krämer aufgegriffen wurde. Als Nakkenheimer und ehemaliger Bürgermeister streifte er dieses Thema eingehend und wies darauf hin, daß von der Bundesbahn die dort die Sicht versperrenden Hecken zunächst einmal beseitigt werden sollten, was bereits zugesagt war.

Ratsmitglied Hock (CDU) dankte Bürgermeister Krämer für seine Bemühungen. Seitherige Verhandlungen mit der Bundesbahndirektion bezüglich der Bahnübergänge seien immer sehr schwierig gewesen. Die Verbandsgemeinde müsse darauf drängen, auch für Bodenheim eine Änderung herbeizuführen. Nach den Ratsmitgliedern Stauder (Freie Wählergruppe) und Höhn (FDW), der die Anbringung von Verkehrsspiegeln verlangte, dankte Otto Metz (SPD) für die Nennung von Zahlen, da die für Bodenheim seither genannten zehn Millionen Mark die Ratsmitglieder verunsichert hätten.

Bebauungspläne sind genehmigt

sb. Bodenheim. — Ortsbürgermeister Kasper teilte mit, daß die Kreisverwaltung mit Schreiben vom 11. November die Bebauungspläne Rantulfstraße und Mittelweg genehmigt hat und diese von der Verbandsgemeindeverwaltung öffentlich auszulegen sind.

Der Bebauungsplan Rantulfstraße sei bezüglich der Lage und der Größe des Baugebietes problemlos, während dagegen beim Bebauungsplan Mittelweg eine Teilgenehmigung erfolgte. Die Bebauung mit den höheren Häusern wurde vorerst von der Genehmigung ausgenommen. Wenn schon damit nicht alle Probleme beseitigt seien, so sehe er hierin einen weiteren Schritt nach vorn.

Bevor mit dem Bau begonnen werden könne, sei die Verlängerung der Hilgestraße bzw. ab Kuemmerling der Anschluß an die L 413 erforderlich. Außerdem müsse noch eine Wasser-Druckleitung vom Bodenheimer Hochbehälter zum Mittelweggebiet verlegt werden. Ortsbürgermeister Kasper will sich mit der Gemeinde- und Verbandsgemeindeverwaltung bemühen, diese beiden Hinderungsgründe zu beseitigen.